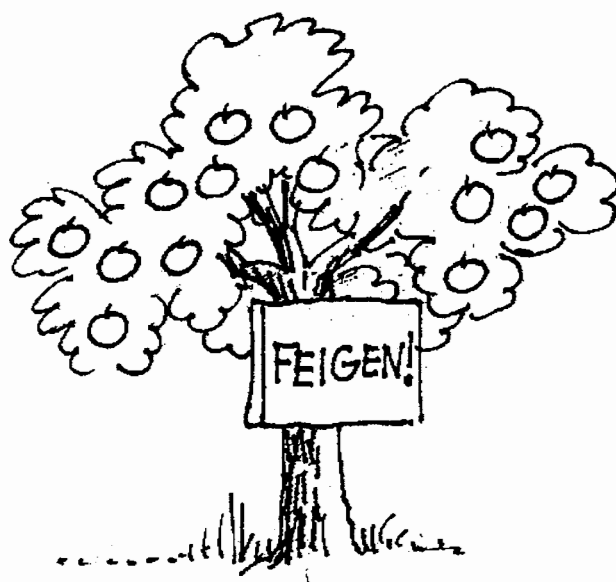


Herzlichen Glückwunsch zum 125. Geburtstag, SPD!



23. Mai 1988

Institut ENERGIE DEZENTRAL

Ulrich Jochimsen

Klaus-Groth-Str. 12

2390 Flensburg

Christa Leimbrink

Kurfürstenstr. 15

4830 Güterloh

Dieter Schäfer

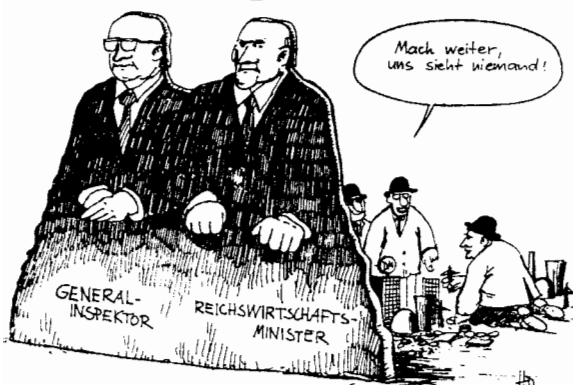
Brennäckerstr.7

7157 Murrhardt

Gern lesen wir immer wieder die SPD-Geburtsrede von Ferdinand Lassalle am 23. Mai 1863: "Wenn Sie in Ihrem Garten einen Apfelbaum haben und hängen nun an denselben einen Zettel, auf den Sie schreiben: dies ist ein Feigenbaum, ist denn dadurch der Baum zum Feigenbaum geworden? Nein, und wenn Sie Ihr ganzes Hausgesinde, ja alle Einwohner des Landes herum versammeln und laut und feierlich beschwören ließen: da wird sich's zeigen, da wird er Äpfel tragen und keine Feigen..."

Und will man nun weiter, daß der König für sich allein eben so viel und noch weit mehr politische Macht haben soll, als alle drei Wählerklassen, als die gesamte Nation und die adeligen Grundbesitzer noch dazu genommen, so macht man das so: Man setzt in den Artikel 47 der Verfassung: 'Der König besetzt alle Stellen im Heer', und in dem Artikel 108 der Verfassung sagt man: 'Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt'. Und diesem Artikel stellt man die Theorie zur Seite, die in der Tat in ihm einen prinzipiellen Boden hat, die Theorie nämlich, daß der König zu dem Heer eine ganz andere Stellung habe, als zu jeder anderen Staatsinstitution, daß er in Bezug auf das Heer nicht nur König, sondern auch noch etwas ganz anderes, ganz Besonderes, Geheimnisvolles und Unbekanntes sei, wofür man das Wort 'Kriegsherr' erfindet, und daß in Folge dessen das Abgeordnetenhaus oder die Nation sich um das Heer gar nicht zu bekümmern, und in dessen Angelegenheiten und Organisation nicht hinein zu sprechen, sondern nur die Gelder für dasselbe zu votieren habe."

Damals hieß der Verfassungsbetrug "Kriegsherr", heute "Generalinspektor für Wasser und Energie" (§ 1.2 EnWG); der nun im Wandel der Zeiten, obrigkeitshörig verteidigt (SPD), in gleicher Form vom "demokratischen Staat" vollzogen wird, wie es der Führer am 29. Juli 1941 befahl und mit dem Ermächtigungsgesetz am 6. August 1943 bis sechs Monate nach Kriegsende formalkorrekt verfestigte.



Der Verfassungsbetrug "Kriegsherr" führte zum Überfall auf Dänemark 1864, zum I. und II. Weltkrieg und damit zur Teilung Europas. Der ungestört weiterwirkende Verfassungsbetrug "Generalinspektor für Wasser und Energie" kurz nach

Überfall auf die Sowjetunion führt direkt in den Atom- und Plutoniumstaat. [Vgl. Ulrich Jochimsen, "Das Heizkraftwerk im Keller?", Flensburg 1988]

Passen dazu die Worte von Otto Wels vom 25.3.1933 ? *"Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten..."*

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten... Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft."

(SPD) - Harald B. Schäfer am 22.1.1988: *"Gesetze, die aus der Zeit vor dem Grundgesetz stammen, werden - wenn sie fortgelten - nach den Regelungen des Grundgesetzes über den föderativen Aufbau unseres Staates vollzogen... Dies wird auch in der Praxis seit Beginn unseres demokratischen Staatswesens so gehandhabt [seit den Adenauers und Globkes]. Der Bundeswirtschaftsminister übt seinerseits die Aufsicht über die Wirtschaftsminister der Länder aus."* [Bewerten die SPD-Wirtschaftsminister der Länder das rechtlich auch so?]

- Jürgen Schmude am 16.2.1988: *"Entgegen Ihrer Rechtsauffassung ist der durch Führererlaß von 1941 eingeführte Generalinspektor heute nicht im Amt, so daß sich die Frage seiner verfassungsrechtlichen Beurteilung nicht stellt..."* [So einfach ist das mit Strukturen, die in ihrer Legitimation an der Staatlichkeit des rechtlich noch existierenden III. Deutschen Reiches hängen?] *In der praktischen Anwendung ist dann von den heute zuständigen Behörden oder Institutionen auszugehen, die zumeist durch Anmerkungen kenntlich gemacht sind. Diese Übung ist inzwischen gefestigt und unumstritten..."*

Diese "Kenntlichmachung" der "heute zuständigen Behörden oder Institutionen" hatte MdL Karl Otto Meyer/SSW in seinem Gesetzesantrag am 23. April 1985 in Kiel mit damaliger SPD-Oppositions-Unterstützung gefordert. Seine Bundesratsinitiative wurde von der Uwe-Barschel-"Ehrenwort"-Regierung mit "Sympathie" begrüßt. Werden drei Jahre später und nach Tschernobyl die "heute zuständigen Behörden oder Institutionen" des Nazi-Energiewirtschaftsgesetzes von 1935/41 unter Björn Engholm endlich kenntlich gemacht?

[Vgl. "DIE STROMDIKTATUR, Von Hitler ermächtigt, bis heute ungebrochen", Hamburg 1985. Und: Johs. Nielsen, "1864, Da Europa gik af lave", Odense 1987: "Således markerer 1864 et vendepunkt i Tysklands historie. Endelig spiller krigen 1864 også en betydelig rolle i Europas historie, langt betydeligere end det almindeligvis er forstæet..."]



Gerade noch rechtzeitig eingetroffen:



Dr. Liesel Hartenstein
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1 17.05.1988

Bundeshaus, HT 1213

Tel. (0228) 16 37 18 / 16 57 52

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den

gewünschten Hausanschluß.

Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte

Nr. 181 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Büro im Wahlkreis:

Bischofstr. 2

7260 Calw

Tel. (07051) 304 56 (vormittags)

Herrn
Tobias Mann
Steinenbergstr. 11

7440 Nürtingen

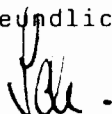
Sehr geehrter Herr Mann,

im Auftrag von Frau Hartenstein danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 8. Februar dieses Jahres.

In diesem Schreiben hatten Sie eine Gesetzesänderung, bzw. eine Normenkontrollklage in Sachen "Aufsichtsregelung" des Energiewirtschaftsgesetzes gefordert. Schon damals bestanden konkrete Planungen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion, eine derartige Normenkontrollklage anzustrengen. Juristische Schwierigkeiten haben allerdings die Erhebung dieser Klage doch weiter verzögert, als das damals vorhersehbar war. Aus diesem Grunde erhalten Sie auch jetzt erst eine Antwort.

Ich darf Ihnen also mitteilen, daß die SPD-Bundestagsfraktion eine Normenkontrollklage gegen das Energiewirtschaftsgesetz eingereicht hat und daß Frau Hartenstein zu den Unterzeichnern des Klageantrages gehört. Damit ist Ihrem Anliegen meines Erachtens Rechnung getragen. Der Elterninitiative für atomfreie Zukunft werde ich eine Kopie dieses Schreibens zuleiten.

Mit freundlichem Gruß


Schliekert, Mitarbeiter

"Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei. Das, meine Herren, liegt bei Ihnen."

[Otto Wels/SPD, 25.3.1933]